



Information für die Presse

Landesorganisation Bremen

Roland Pahl, Landesgeschäftsführer
Tel. 0421/3 50 18-13, Fax 0421/3 50 18-37, Mobil 0177-3 50 18 13

24. März 2011

Bovenschulte: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Zum vierten „Equal Pay Day“, einem Aktionstag für gleiche Bezahlung von Männern und Frauen am 25. März 2011, erklärt der SPD-Landesvorsitzende Dr. Andreas Bovenschulte:

„Zum vierten Mal jährt sich der „Equal Pay Day“, an dem wir auf die immer noch ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Leistung aufmerksam machen und uns dafür einsetzen, den Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ auch in der Bezahlung von Männern und Frauen durchzusetzen. Wir müssen feststellen, dass Frauen bei gleicher Leistung noch immer fast ein Viertel weniger verdienen als Männer.

Das zeigt, dass es noch immer an wirksamen Instrumenten mangelt, das Prinzip der Entgeltgleichheit durchzusetzen und so für mehr Gerechtigkeit in der Bezahlung von Männern und Frauen zu sorgen. Lippenbekenntnisse der Wirtschaft und der Politik reichen nicht aus – wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die die Tarifpartner dazu verpflichtet, mittelbare und unmittelbare Lohn-Diskriminierungen endlich zu überwinden.

Auch der von der SPD geforderte gesetzliche Mindestlohn ist ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt. Denn es sind vor allem Frauen, die im sogenannten Niedriglohnsektor beschäftigt sind und für viel zu geringe Löhne arbeiten. Da es sich hier auch um viele Alleinerziehende handelt, sind sie in den meisten Fällen auf ergänzende staatliche Unterstützung angewiesen, um für sich und ihre Kinder sorgen zu können.

Um sicherzustellen, dass Frauen über die gleichen Aufstiegschancen in Führungspositionen verfügen wie Männer und bisherige Selbstverpflichtungen wenig Erfolg gezeigt haben, fordern wir ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft analog zum öffentlichen Dienst. Dies beinhaltet die Forderung, dass beide Geschlechter jeweils mindestens 40 Prozent an Aufsichtsratsmandaten erhalten müssen.

Im Land Bremen wollen wir für öffentliche Betriebe langfristig eine 50-Prozent-Quote von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten anstreben und unser Land bei der Gleichstellung zum bundesweiten Vorbild machen.“